

*Dr. Ulrike Guérot  
Leiterin der Arbeitsstelle Europa der DGAP  
Beitrag für 'Dokumente'  
21. Januar 2002*

## **Frankreich, Europa und die Wahlen**

Man ist froh, dass sie nun bald da sind, die Präsidentschaftswahlen in Frankreich, diesmal fast zeitgleich mit den Parlamentswahlen. Seit mehr als zwei Jahren wurde jedem, der sich in der einen oder anderen Frage für eine europapolitische Position Frankreichs interessierte, hinter vorgehaltener Hand zugeraunt, man könne dazu jetzt nichts sagen, man habe doch bald Wahlen... Lionel Jospin musste zu seiner 'Antwort'<sup>1</sup> auf die europapolitische Rede von Joschka Fischer vom Mai 2000<sup>2</sup> sozusagen genötigt werden; sie kam dann mit einem Jahr Verzögerung. Diejenigen in Frankreich, die nicht Stellung zu Fischers föderalen Europaplänen beziehen mussten, waren froh. Europapolitik gleichsam als Schleudersitz: ein falsches Wort, und man fliegt aus der Regierung bzw. wird nicht gewählt.

So war es zumindest 1997, als die Regierung Juppé wegen ihrer schlecht kommunizierten Stabilitätspolitik kurzerhand und überraschend vom Wähler entlassen wurde, und das wahlpolitische Trauma sitzt fest. Mehr als vielleicht in jedem anderen europäischen Land wurde seit dem Referendum über den Vertrag von Maastricht 1992 in Frankreich über Europa gestritten, verließen Spitzenpolitiker ihre Parteien wegen Europa bzw. gründeten anti-Europa Parteien,<sup>3</sup> wurde das Für und Wider mit Blick auf Europa jenseits der klassischen rechts-links Auseinandersetzung zum eigentlichen Spaltpilz im Parteien- und damit im politischen System. Darum natürlich auch wieder der Eiertanz der letzten Jahre. Und darum um so besser, dass dieser hoffentlich bald vorbei ist.

Denn die europapolitische Zögerlichkeit Frankreichs hat Europa kostbare Jahre gekostet. Von den Verhandlungen über die 'Agenda 2000' im März 1999 bis hin zum Vertrag von Nizza im Dezember 2000 haben das deutsch-französische Tandem und damit Europa nur schlecht funktioniert. Natürlich nicht nur wegen Frankreich. Was den Franzosen die

---

<sup>1</sup> Lionel Jospin, Zur Zukunft des erweiterten Europas, 28. Mai 2001; siehe (deutsche Version): [www.weltpolitik.net/texte/policy/verfassung/jospin\\_d.pdf](http://www.weltpolitik.net/texte/policy/verfassung/jospin_d.pdf)

<sup>2</sup> Joschka Fischer: 'Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration', 12. 5. 2000, gekürzt abgedruckt in: Internationale Politik (IP), 8/2000, S. 100 ff.

‘Cohabitation’ an Sand im Getriebe war, waren in Deutschland die Bundesländer. Beide machten es ihrer Regierung jeweils schwierig, zu einer geschlossenen Position in Sachen Europa zu kommen.<sup>4</sup> Und die Beendigung der ‘Cohabitation’ ist es, worum es bei den kommenden Wahlen im Mai und im Juni in Frankreich gehen wird. Die Umkehrung der Wahlreihenfolge – Präsident zuerst, dann Parlamentswahlen – könnte zur Folge haben, dass der neue Präsident mit einer Assemblée Nationale seines Vertrauens regieren kann. Dadurch, und durch die Verkürzung der präsidentialen Amtszeit auf ebenfalls fünf Jahre, die damit ab 2002 synchron zur Wahlperiode des französischen Parlamentes sein wird, sind entscheidende Weichen für eine Modernisierung und Stabilisierung des politischen Systems in Frankreich gestellt worden.

Für Frankreich hieße dies, fünf Jahre europapolitischen Gestaltungsfreiraum zu haben, und zwar in Jahren, die für die weitere Entwicklung Europas von geradezu schicksalhafter Bedeutung sein werden, da vom Euro über die EU-Osterweiterung, von der Reform der Gemeinschaftspolitiken bis hin zur Europäischen Verfassung die großen Weichen für die nächsten Dekaden der Integration Europas gestellt werden. Darf also nach dem europapolitischen Wegtauchen Frankreichs mit einem phoenixartigen Auftauchen gerechnet werden?

### Mit Giscard die Fäden in der Hand

Fest steht zumindest, dass Frankreich durch die Wahl Valéry Giscard d’Estaings zum Präsidenten des auf dem EU-Gipfel in Laeken eingerichteten Konvent eine zentrale Steuerungsposition zukommt. Giscard hat durchaus Ambitionen für den Konvent, die weit über die vier Fragestellungen<sup>5</sup> der ‘Post-Nizza’-Erklärung hinausgehen und, nach eigenem Bekunden, in Richtung Europäische Verfassung vorgreifen.<sup>6</sup> Durch die

---

<sup>3</sup> Vgl. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: ‚Frankreich vor den Wahlen‘, in: Politische Studien, Nr. 380, 11./12. 2001, Hans-Seidel-Stiftung München, S.79-89

<sup>4</sup> zu den deutsch-französischen Schwierigkeiten siehe auch Ulrike Guerot: ‚Nach der Krise die ‚relance‘? Anmerkungen zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen‘, in: Politische Studien, Nr. 376, 3./4. 2001, Hans-Seidel-Stiftung München, S. 31-48

<sup>5</sup> Die ‚Post-Nizza‘-Erklärung spricht von folgenden Fragestellungen: 1. Der rechtliche Status der Grundrechtscharta; 2. Die Frage, wie eine genauere, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten geschaffen werden kann; 3. Die Vereinfachung der Verträge und 4. Die Rolle der nationalen Parlamente in der institutionellen Architektur Europas.

<sup>6</sup> siehe Interview mit Valéry Giscard d’Estaing in Le Monde, 11.1.2002

supranationale Zusammensetzung des Konvents und die Wahrscheinlichkeit, dass die Frontlinien eben nicht mehr nach nationalen, sondern transnational nach parteipolitischen Kriterien bzw. Überzeugungen verlaufen werden, kommt zudem ein neuer Hauch von Pragmatismus in die Diskussion über die Zukunft Europas. Effizienz und Transparenz des institutionellen Systems der EU sollen, so auch Giscard d'Estaing<sup>7</sup>, im Vordergrund stehen. Damit besteht die Chance, dass die zur Klärung von Positionen zwar wertvolle, aber begrifflich und ideologisch etwas überhöhte Diskussion der letzten zwei Jahre zwischen Deutschland und Frankreich über den föderativen Charakter der EU gleichsam pragmatisch transzendiert wird. Denn Joschka Fischers Idiom einer 'funktionalen Föderation'<sup>8</sup> in Verbindung mit den von den Franzosen als durchgängig föderal empfundenen Europavorstellungen des SPD-Parteitagpapiers<sup>9</sup> ist begrifflich nicht aufzulösen mit der von Jacques Delors geprägten und dann sowohl von Jacques Chirac wie auch Lionel Jospin wiederverwandten französischen Formel einer 'Föderation der Nationalstaaten'. Im Kern geht es dabei um die zukünftige Stellung des Rates und damit um die Machtposition der Nationalstaaten im triangulären Gleichgewicht der EU-Institutionen. Frankreich ist dagegen, dass der Rat zu einer Art 'Zweiten Kammer' des Europäischen Parlamentes 'degradiert' wird.<sup>10</sup> Laut Europaminister Pierre Moscovici müssten die Nationen in den EU-Strukturen zwar föderiert werden, aber mächtig bleiben.<sup>11</sup> Nur so könne der Souveränitätstransfer der Nation zum Souveränitätsgewinn für die EU werden. Moscovici verweist dabei auf den Euro und die Entscheidungsstrukturen der EZB und denkt dabei laut darüber nach, ob etwa innerhalb des IWF die europäischen Stimmenanteile auch zusammengelegt werden können.<sup>12</sup> So und mithin pragmatisch betrachtet differieren dann aber die deutschen und die französischen Vorstellungen gar nicht mehr so viel. Der Konvent ist mithin die Chance, jenseits von Verkrampfungen über den Begriff der Föderation zu funktionalen und effizienten Lösungen für die institutionellen Blockaden der EU zu gelangen, und der

---

<sup>7</sup> ebd.

<sup>8</sup> Joschka Fischer in einem Vortrag im Auswärtigen Amt, Berlin, 5.12.2001

<sup>9</sup> Vgl. Leitantrag der SPD, Mai 2001 „Verantwortung für Europa“  
[www.weltpolitik.net/texte/policy/verfassung/spd\\_leitantrag.pdf](http://www.weltpolitik.net/texte/policy/verfassung/spd_leitantrag.pdf)

<sup>10</sup> siehe auch das Interview mit Pierre Moscovici, Forum RMC – Le Point, 9. Januar 2002 (erhältlich über den Pressedienst der französischen Botschaft Berlin, [www.diplomatie.gouv.fr](http://www.diplomatie.gouv.fr))

<sup>11</sup> ebd.; zu den institutionellen Fragen siehe auch das Interview mit Pierre Moscovici: ‚Ich lehne ein Europa der zwei Geschwindigkeiten ab‘, in: Le Figaro, 26. Juni 2001

Vorsitz von Giscard d'Estaing wird französisches Abtauchen hinter Begriffen nunmehr unmöglich machen. Mit ein bisschen Glück und allen politischen<sup>13</sup> wie juristischen Unwägbarkeiten<sup>14</sup> zum Trotz könnte sich daher der Konvent und in ihm wieder das deutsch-französische Tandem als Schrittmacher des erweiterten Europas erweisen.

#### Elysée: der Schlüssel zur Agrarpolitik

Auch bei der Reform der Gemeinschaftspolitiken kommt Frankreich in den nächsten zwei Jahren eine Schlüsselrolle zu, für die etwas Ruhe an der Wahl- und 'Cohabitations'-Front ab Mai 2002 wünschenswert und befreiend wäre. Frankreich ist Hauptprofiteur bei den Rückflüssen aus der gemeinschaftlichen Agrarpolitik. Darum liegt einer Schlüssel zu einer Reform der europäischen Agrarpolitik im Elysée-Palast. Der EU-Finanzrahmen der 'Agenda 2000' ist zwar bis 2006 gültig und hält laut offizieller Sprachregelung genügend Mittel bereit, um die EU-Osterweiterung mit den derzeitig qualifizierten zehn Beitrittskandidaten zu finanzieren. Dennoch bergen die geltenden Regelungen budgetpolitischen Sprengstoff der unterschiedlichsten Art. Im Bereich der Strukturpolitik enthält die 'Agenda 2000' eine Kappungsgrenze von 75% des europäischen BIP per capita für die Vergabe von Strukturfondsmitteln an europäische Regionen. Da durch die Osterweiterung der Lebensstandard bzw. der durchschnittliche Reichtum der EU gesenkt wird, werden nach der Erweiterung nur noch Regionen in den Kandidatenländern unterhalb dieser 75%-Grenze liegen, d.h. alle heute geförderten Regionen innerhalb der EU 15 fallen dann schrittweise aus dem Zugang zu den Strukturfonds heraus. Gegen diese Regelung läuft insbesondere Spanien Sturm, das vom Wegfall der Struktur- und Kohäsionsmittel besonders betroffen sein wird. Für Frankreich indes interessiert mehr, was aus der europäischen Agrarpolitik wird. Die 'Agenda 2000' sieht beispielsweise keine Direktbeihilfen für die Bauern in den Kandidatenländern vor. Dies dürfte allerdings politisch unrealistisch sein, da die Kandidatenländer in den jetzt anstehenden Verhandlungen über die letzten Beitrittskapitel – namentlich den Verhandlungen über die Kapitel Landwirtschaft und Budget – darauf drängen werden, kein Zweiklassensystem in

---

<sup>12</sup> Zusammengelegt hätte die EU etwa 25% der Stimmenanteile im IWF und damit mehr als die USA (22%)

<sup>13</sup> Wahlen in Frankreich und Deutschland

<sup>14</sup> Problematik der rechtlichen Verknüpfung bzw. Bindung der Ergebnisse des Konvents mit der Regkonferenz von 2004

der europäischen Landwirtschaft entstehen zu lassen.<sup>15</sup> Parallel zur Erweiterung müsste daher mit der Reform der Gemeinschaftspolitiken begonnen werden, wenn man nicht entweder das EU-Budget überstrapazieren oder einen ‘großen Knall’ bei den nächsten Finanzverhandlungen 2006 produzieren möchte, bei denen die heutigen Kandidatenländer dann als Mitglieder mit am EU-Tisch sitzen werden. Die Einführung der – bisher von Deutschland favorisierten – nationalen Ko-Finanzierung in der Landwirtschaft wäre die eine Lösung; diese aber würde Frankreich aufgrund der heutigen, hohen Agrarrückflüsse ungleich mehr belasten als Deutschland. Genau darum wird die Ko-Finanzierung in Frankreich auch gerne als ‘Ent-Solidarisierung’ Europas stigmatisiert<sup>16</sup> und recht vehement bekämpft. Wenn aber die Kandidatenländer in Mittel- und Osteuropa nicht ‘deklassiert’ und das EU-Budget nicht überstrapaziert werden sollen, die Ko-Finanzierung aber als Lösung ausfällt, dann wird guter Rat in den deutsch-französischen Beziehungen in den nächsten Monaten noch teuer werden. Der Konflikt ist vorprogrammiert und wird zudem dadurch belastet, dass Frankreich das Gefühl hat, dass es dann den Löwenanteil der Kosten für die Erweiterung zu tragen hätte, die doch Deutschland eigentlich so gewünscht und herbeigeschworen hat.<sup>17</sup>

#### Frankreichs Parteien zwischen politische Flurbereinigung und Profilierung

Um so mehr braucht Frankreich im Mai klare politische Verhältnisse, um die anstehenden, großen – oder gar schweren – europapolitischen Entscheidungen ohne immanenten innenpolitischen Druck bewerkstelligen zu können. Wer in Europa die Führung übernehmen will, braucht politische Führung nach innen. Gerade daran hat es Frankreich in den letzten Monaten gemangelt, und die Präsidentschaftswahlen sind Spiegel dieser Konfusion und der parteipolitischen Zerklüftung. Mehr als ein Dutzend Kandidaten werden in der ersten Runde zu den Präsidentschaftswahlen antreten. Davon sind die meisten Namen, die keiner kennt, und zwar schon gar nicht in Euroland oder gar im Ausland. Selbst wenn sich alles auf einen Zweikampf zwischen Jacques Chirac und

---

<sup>15</sup> vgl.: Christian Weise et al.: ‚Reformbedarf bei den EU – Politiken im Zuge der Osterweiterung der EU. Studie für das Bundesministerium der Finanzen‘, Berlin und Göttingen, Mai 2001 sowie Barbara Lippert und Wolfgang Bode: ‚Die Erweiterung und das EU-Budget – Reformoptionen und ihre politische Durchsetzbarkeit‘, in: integration 4/01, S. 369-389

<sup>16</sup> Lionel Jospin, Rede vom 28. Mai 2001, op.cit.

Lionel Jospin zuspitzen wird, so ist dies dürftig, und zeigt die dünne Personaldecke der französischen Politik im Allgemeinen und der Parteien im Besonderen. Im bürgerlichen Lager, in dem die UDF bis zur Unkenntlichkeit verschwommen ist und das RPR eben sowenig markant erscheint<sup>18</sup>, ist Chirac als einzige Gallionsfigur sichtbar; schon die Namen potentieller Premierminister einer bürgerlichen Regierung – Alain Juppé, Nicolas Sarkozy, Philippe Douste-Blazy oder François Bayrou – haben entweder einen ‚déjà vu‘-Effekt oder aber sein Gegenteil an sich. Auf der Linken gibt es den uncharismatischen Jospin und auch nicht viel Garde daneben. Woher ein großer (europapolitischer) Elan kommen soll, scheint angesichts dieser Tatsache nicht sehr klar. Der derzeitige Europaminister Pierre Moscovici ist sehr engagiert und einer der wenigen, die konsequent und modern von Europa als ‚Globalisierungsgestalter‘ sprechen<sup>19</sup>; aber er ist wohl nicht ‚(Premier)ministrable‘. Die großen Hoffnungsträger fehlen auch hier. Derweil nutzt das französische politische Urgestein, allen voran Jean-Pierre Chevènement, die Präsidentschaftswahlen für seine eigenen Umtriebigkeiten. Chevènement, Symbol eines aufgeklärten französischen Jakobinismus, bündelt die Republikaner von rechts und links mit einem plakativen anti-Europäismus,<sup>20</sup> in der die Nation verteidigt und föderalen Aspirationen eine drastische Abfuhr erteilt wird. Damit ist Chevènement freilich nicht nur eine intellektuelle Bereicherung des Wahlkampfes, sondern das polarisierende diskursive Element schlechthin: wer für Europa ist, ist in der Defensive und steht in der Notwendigkeit zu erklären, wie er die Nation dennoch retten will. Der Eiertanz eben... Dabei gibt es für die europapolitische Zurückhaltung der chancenreichen Kandidaten keine richtige Begründung: Meinungsumfragen belegen eine erstaunlich positive Befindlichkeit der französischen Bevölkerung gegenüber Europa,<sup>21</sup> sowohl was seine institutionelle Fortentwicklung, die Einführung des Euro oder aber die Osterweiterung anbelangt. Giscard darf also ruhig wagemutig im Konvent sein; und der nächste Präsident und seine Regierung dürfen es auch in Sachen Reform der Gemeinschaftspolitiken. Es scheint, legt man die Umfragen zugrunde, eher so zu sein, als lechze die französische

---

<sup>17</sup> vgl. dazu auch Ulrike Guðrot: ‚Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Existenzberechtigung?‘, in: IP 1/2002

<sup>18</sup> vgl.: Dirk Zadra: ‚Zur Lage der bürgerlich-liberalen Opposition im Vorwahljahr‘, in: Dokumente, Europa Union Verlag Bonn, Heft 6 Dezember 2001, S. 502-505

<sup>19</sup> vgl.: Pierre Moscovici : ‚L’Europe, une puissance dans la mondialisation‘, Edition Seuil, Paris 2001

<sup>20</sup> vgl.: Jean-Pierre Chevènement: ‚La démocratie en péril à Laeken‘, in : Le Monde, 14.12.2001

Bevölkerung nach klaren Positionen, nach parteipolitischer Flurbereinigung und nach europapolitischer Profilierung – nicht nur in seiner Negation à la Chevènement – sondern im positiven Sinn!

### Revitalisiertes Frankreich?

Ob die Verteidigung antiquierter agrarpolitischer Interessen oder aber das Insistieren auf einem geschützten Energiemarkt zugunsten einiger Gewerkschafter beim Energiekonzern EDF wirklich ganz oben auf die europapolitische Tagesordnung in Frankreich gehören, darf also hinterfragt werden. Leider hat man zunehmend den Eindruck, dass in Frankreich der Verteidigung von Symbolwerten in der Europapolitik<sup>22</sup> viel Raum beigemessen wird und zwar zu Lasten kreativer, zukunftsweisender Politikgestaltung. Frankreich braucht daher einen umfassenden Modernisierungsschub, für sich selbst wie für Europa. Die Synchronisierung der Wahlmodi ist dafür die notwendige, aber noch nicht die hinreichende Bedingung. Die Wahlhektik der letzten Dekade – 1993, 1995, 1997 – hat bei den Parteien programmatische Unschärfen hervorgebracht, und eine nationale Selbstbespiegelung – Korsika, 35-Stunden-Woche, Polit-Affären – befördert. Auch die Afghanistan-Krise hat gezeigt, wie zerrissen die Gesellschaft, wie unsicher seine Führung ist. Die tumultartigen Ereignisse nach dem Fußballspiel Frankreich-Algerien<sup>23</sup> haben Frankreich mit neuer Wucht die Problematik des Islams im eigenen Lande vor Augen geführt.<sup>24</sup> Das Lavieren der ‚gauche plurielle‘, der die traditionelle anti-amerikanische Linke noch zusätzlich zusetzte, war nur verständlich, hat aber hier dazu geführt, dass Frankreich international nicht, ähnlich wie in der Europapolitik, geschlossen da stand. Ruhe an der Wahlfront – Selbstfindung der Nation in einem modernen, effizienten Europa: dies wäre die Wunschvorstellung für ein nach Juni 2002 hoffentlich revitalisiertes Frankreich!

---

<sup>21</sup> vgl.: ‘Les Français et l’Europe’, Etude Ipsos, Ministère des Affaires Européennes, Paris 2001

<sup>22</sup> z.B. die Verteidigung der Stimmenparität mit Deutschland im Rat, oder die Verteidigung der bestehenden Strukturen in der Gemeinsamen Agrarpolitik

<sup>23</sup> vom 6. Oktober 2001 in Paris

<sup>24</sup> vgl. Dazu auch Medard Ritzenhofen: ‘Der Krieg und die Cohabitation. Alle gegen den Terrorismus, jeder für sich’, in: Dokumente, 6/2001, S. 450-453, S. 450